

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Höhere Steuern?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1974) : Höhere Steuern?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 3, pp. 110-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134651>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Eberhard Thiel

Höhere Steuern?

Eine Reihe von Indikatoren deutet darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD konsolidieren wird: Ein zunächst geringes reales Wachstum wird von einer relativ hohen Inflationsrate beglei-

tet werden. Für den öffentlichen Bereich darf angenommen werden, daß eine Realisierung der Ausgaben, die für 1974 geplant sind, eine expansive Wirkung haben würde, was sich in der gegenwärtigen Situation hauptsächlich in Preissteigerungen niederschlagen dürfte. Verstärkt wird diese Tendenz durch die hohen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst und die vorgesehene Arbeitszeitverkürzung. Diese Effekte würden noch gesteigert werden, wenn die zusätzlich vorgesehenen Ausgabenprogramme für bestimmte Branchen und Regionen durchgeführt würden.

Da die Steuereinnahmen wegen der geringeren wirtschaftlichen Aktivität unter den bisherigen Ansätzen bleiben werden, wird es zu Korrekturen der Haushaltspläne kommen müssen. Somit zeichnet sich die Notwendigkeit ab, das ursprünglich vorgesehene Verschuldungsvolumen auszuweiten, obgleich damit das Festhalten an einer restriktiven Geld- und Kreditpolitik erschwert wird. Der mögliche andere Weg, höhere Einnahmen zu beschaffen, würde eine Anhebung der Steuern bedeuten. Angesichts der sich nur zögernd konsolidierenden Konjunktursituation wird er wohl zunächst noch nicht beschrritten werden.

In absehbarer Zeit wird man ihn aber in Betracht ziehen müssen: Da der Wert der staatlichen Einnahmen momentan nur in sehr geringem Maße den Erwerb von mehr realen Gütern als bisher erlaubt, kann im Augenblick auch nicht mit einer qualitativ und quantitativ erhöhten staatlichen Leistungsabgabe gerechnet werden. Die angestrebten Reformen erfordern dann aber zukünftig eine erhöhte Verfügung über reale Ressourcen. Blicke es bei einer relativ stagnierenden realen Entwicklung, würde dies bedeuten, daß eine vermehrte Staatsleistung nur durch einen absoluten Rückgang der privaten Verwendungsarten des Sozialprodukts

möglich wäre; bei höherem realem Wachstum würde bereits ein relatives Zurückbleiben des privaten Bereichs ausreichen.

Beides kann sowohl mit einer stärkeren Zunahme der Verschuldung des Staates als auch durch eine Anhebung besonders der direkten Steuern erreicht werden. Durch eine Verschuldung, wie sie für 1974 voraussehen und die nur mit hohen Kosten zu realisieren ist, wird aber die Flexibilität späterer Budgets erheblich eingeschränkt. Die Anhebung der Steuern scheint deshalb nach einiger Zeit unausweichlich zu sein.

Einem solchen Vorhaben widerspricht auch nicht, daß im Rahmen der Steuerreform 1975 eine Verminderung der direkten Steuern vorgesehen ist. Einmal wird die inflationäre Einkommensentwicklung die zunächst vorgesehene Steuerersparnis für die privaten Haushalte aufgrund der Progression sowieso geringer ausfallen lassen. Zweitens aber ist die Steuerreform primär als eine Schaffung von Instrumenten anzusehen, die durch gewisse technische Änderungen Belastungsverschiebungen ermöglichen. Anhebungen der Tarife und Neufassungen von Bestimmungen über die Gestaltung der Bemessungsgrundlagen stehen dem nicht entgegen.

Kontrovers dürfte nur bleiben, ob der vorgesehene Ausgleich der Mindereinnahmen durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer kompensiert werden soll oder ob aus verteilungspolitischen Gründen die Tarife der direkten Steuern höher angesetzt werden sollen. Bei diesen Überlegungen sollte aber auch daran gedacht werden, daß die Durchsetzung unpopulärer Anhebungen von Steuern mit ihren realen Umverteilungseffekten abhängig ist von der Überzeugungskraft der staatlichen Zielardstellung. Eine schnelle Entscheidung über die Neugestaltung der steuerpolitischen Instrumente bietet dazu eine Chance.